

Dresdener Volkszeitung

Verlag: Zeitungs-
Anstalt & Comp., Nr. 20612.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verantwortl. Red.:
Gebr. Kretschmer, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringselmonat 6,00 M., durch die Post
bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich
8,50 M. Ein Nummer 30 Pf.

Schriftleitung: Postfach 10, Tel. 25 251.
Erscheinenszeit: Montag von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Postfach 10, Tel. 25 251.
Verlagsort: Dresden, den 3. Dezember 1920.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige Nonpareilzeile 2,00 M., Familienanzeigen
1,50 M., die 8-spaltige Nonpareilzeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufzählung
ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Berücksichtigung der
Aufnahme an sorgfältigen Tagen. Für Briefübertragung 30 Pf.

Nr. 280

Dresden, Freitag den 3. Dezember 1920

31. Jahrg.

Das neue Land

Die folgenden Ausführungen über eine der wenigen Erd-
kugeln, wo mit dem Sozialismus Zufriedenheit und Begeisterung
erreicht zu sein scheinen, stammen von unserem englischen Genossen
Kamraj Macdonald und sind dem Labour Leader entnommen.
Georgien liegt am Kaukasus im ehemaligen russischen
Generalgouvernement Transkaukasien, dessen zwei Gouvernements
Tiflis und Kuta das Land umfassen. Wir dürfen uns dies nicht
als eine unfruchtbar verpöbelte Gegend vorstellen, wo der Sozialis-
mus auf keine andere Tradition gestoßen wäre, im Gegenteil, Ge-
orgien ist seit etwa Alexander des Großen Zeit bekannt, wurde
vom römischen Kaiserreich verwaltet, nahm schon im 4. Jahrhundert
das Christentum an, erlebte um 1200 herum Großmachtzeiten, sah
an seiner Spitze ein eigenes orthodoxes Erzbistum, blühte auf zur
eigenen kulturellen Blütezeit und hat seitdem eine dreifache
Geschichte, die das Selbstbestimmungsrecht forderten. In den
letzten Jahren ist Georgiens Name in den Wäldern wiederholt
genannt worden, zuletzt nämlich seiner Revolution gegen den
Imperialismus der Sowjetregierung; kurz vorher war Georgien
Ulrich Kaufman auf besondere Einladung als deutscher Ge-
sandter nach Georgien gegangen.

Georgien ist erblühend für den Geist und für den Leib.
Wir gelangen hin durch die erdigen Täler, die Karpa-
then, durch Schwarze Meer. Wir erleben keines der schreck-
lichen Abenteuer Jansons, der desgleichen Berges zog, um das
Goldene Vlies zu suchen, sondern alles war Friede — wenig-
stens für das Auge.

Unter der Oberfläche war Kampf und Schmerz. Ich sah
die glänzenden, künftigen Gesichter der farbigen Truppen in
Konstantinopel, die ausmarschiert waren mit nicht zur Kom-
mission gehörigen Offizieren, um die Prostituiertenviertel zu
besuchen; ich hörte von den Lippen unserer Landsleute von dem
Schmerz, den die russischen Emigranten, für die wir Geld und
Leben hingegeben haben, in die türkische Hauptstadt gebracht
haben, und ich sah sie mit ihren Frauen und Mänteln in den
Konstantinopler Hotels herumlungern in Erwartung der
Triumphalzug des Wagners und der Demokratie; im Uebermaß ge-
wonn ich Einblick in das Chaos des Ostens, die Unterwerfung
der Völker, die Maßnahmen der Hochfinanz, die Entwertung
der Geister, die unvollkommenes noch nicht tragen wollen.
Aber der Himmel war blau, das Meer war ruhig, die Berge
grünlich und das Land reich an Erinnerungen und Ge-
schichten, und so wechselte immer Friede mit Kampf.

Am Ende der Reise wußten wir nur noch von Erholung.
Nur ehe wir in Batum an Land kamen, sahen wir rote
Fahnen wehen und rote Fiedeln in dem massenhaften Grün
der Dekorationen; und als wir landeten, geschah es unter den
Klang der Internationale, und Bilder von Karl Marx
sahen auf uns nieder.

Wir fühlten uns sofort heimisch. Die Unabhängige
Arbeiterpartei ist in Batum und Tiflis so wohl bekannt
wie in Glasgow, und sie wird von der georgischen Regierung
mehr geschätzt als von einigen ihrer eigenen Ortsgruppen.

In den Hafenstädten, wo Georgien der Außenwelt die
Hand reicht; oder in Tiflis, der Hauptstadt; oder in Kutais,
einer Provinzstadt wie viele andere; oder in Kaspel, tief
drinnen im Gebirge — überall sind die Namen der europäi-
schen Sozialisten so bekannt wie in unseren Industriebezirken,
und der georgische Bauer hat weit bessere Begriffe von unserer
sozialistischen Bewegung hier als etwa die Leute der Morning
Post. Georgien hat eine sozialistische Regierung und ist im
sozialistischen Umgestalten so weit fortgeschritten wie irgendein
Land der Welt. Mehr als irgend ein anderes Land hat es die
Vorteile, die es gewonnen hat, befestigt, und es ist im Be-
griff, den Grund zu legen zu neuem sozialistischen Bau.

Die georgischen Arbeiter sind viel zu gute Unabhängige,
um mit der Diktatur oder ähnlichen Erfindungen Kunst-
stücke aufzuführen. Sie sind Demokraten. Sie haben ihre
Revolution gehabt — sozial und auch politisch — ohne einen
einzigen Gegner zu erschöpfen (außer damals, als man in ihr
Land einfiel), ohne eine Zeitung zu unterdrücken oder eine
öffentliche Versammlung anzukündigen.

Sie widerstanden den Zwangsmitteln der britischen mi-
litärischen Behörden, die Batum anhalten wollten, Denikin
zu helfen.

Die Ebbe und Flut von Revolution und Gegenrevolu-
tion an ihren Grenzen hat sie in schwierige Lagen gebracht,
aber sie sind mit Erfolg bestritten gewesen, ihre geraden so-
zialistischen Grundzüge nicht zu verlassen. Als eine bolsche-
wistische Armee in das Land einfiel, erhoben sich die sozialisti-
schen Arbeiter wie sie es beim Ruhr-Kauf in Berlin taten
und befreiten die Einbringer mit Tod und Bad auf der
georgischen Westküste über die georgische Grenze.

Zimmer haben sie Frieden erstrebt; sie schlossen Verträge
mit Moskau sowohl als mit Tiflis, und ihre eigene Sache mit
grünen über war das die Politik keinen sehr ausgeprägten
Sinn für Ehre hatten. Aber als sie diese Wege aus-
probiert hatten, gaben sie ihr sofort ein anderes Aussehen,
indem sie erklärten, daß natürlich die Moskauer Regierung
nicht getadelt werden kann wegen der Handlungen jedes
nicht getadelten Befehlshabers oder Entschlossenen oder Bri-
gaden, der in den heutigen Zeiten sich einen Volkse-
kretär nennt.

Ich befragte den russischen Vertreter in Tiflis, Das

Englische Abstimmungsvorschläge

Berlin, 2. Dezember. Die englische Regierung hat der
deutschen Botschaft in London folgende Note übermittelt:

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die britische, fran-
zösische und italienische Regierung den Wunsch hegen, die gemäß den
Bestimmungen des Versailler Vertrags in kurzer Zeit in
Oberschlesien abzuhaltende Abstimmung in einer Weise durch-
zuführen zu sehen, die jedem Wahlberechtigten die Ausübung des Wahl-
rechts unter vollständig unparteilichen und sicheren Verhältnissen ge-
stattet. Die Regierungen haben deshalb die Möglichkeit in Erwägung
gezogen, daß die Wahl durch genaue und durchsichtige Auslegung und
Anwendung der Bestimmungen des Artikels 88 Anlage 4 des Ver-
trags gestört oder sogar verhindert werden könnte. Dieser Vorstoß
bestimmt:

Jeder soll in der Gemeinde stimmen, in der er seinen Wohnort
hat, oder wenn er seinen Wohnort nicht in dem Gebiet hat, in der
Gemeinde, in der er geboren ist.

Die drei Regierungen halten es für ihre Pflicht, der Gefahr
von Störungen vorzubeugen, die die freie Ausübung des
Stimmrechts irgendwelcher Gruppe Wahlberechtigter bedrohlich
machen könnten. Sie haben daher die tatsächliche Lage sorgfältig
geprüft, die ihnen durch die oberste Wahlkommission und
die polnische und deutsche Regierung dargelegt worden ist. Als Er-
gebnis dieser Prüfung haben sie einstimmig beschloffen, der polnischen
und deutschen Regierung folgenden Vorschlag zu machen:

Der letzte Absatz des § 4 der oben erwähnten Anlage lautet
wie folgt: Das Abstimmungsergebnis muß gemäß dem, was nach
der Mehrheit in dieser Gemeinde festgestellt werden. Die britische,
französische und italienische Regierung sind der Meinung, daß es dem
Sinn des vorerwähnten Absatzes nicht widerspricht, wenn die wirk-
liche Stimmabgabe der Wahlberechtigten an irgendeinem Ort außer
halb des Abstimmungsgebietes stattfindet. Sie sehen dabei voraus,
daß zur Feststellung des Ergebnisses die Stimmen der in dem
Gebiet geborenen, aber dort nicht wirklich anwesenden Personen aus deren
Geburtsorten verteilt und den Stimmen der in diesen Gemeinden
anwesenden Personen hinzugefügt werden. Die drei Regierungen
wünschen die Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß, wenn
die polnische und deutsche Regierung diesen Vorschlag annehmen
sollten, es möglich sein wird, die Stimmabgabe für die Wahlberei-
tigten unter Verhältnissen vor sich gehen zu lassen, die gegen-
über dem ursprünglichen Vorbehalt in Oberschlesien festliegen und
dabei den Wünschen der polnischen und deutschen Regierung ge-
nüge leisten sollten.

Die Bedingungen, die nach Ansicht der drei Regierungen diesen
Vorschlag erfüllen am besten zu entsprechen scheinen, sind folgende: Alle
nicht in Oberschlesien anwesenden, aber durch ihren
Geburtsort zur Teilnahme an der Wahlberechtigten be-
rechtigten Personen können in dem gegenwärtig von verbündeten
Truppen besetzten Gebiet an einem Ort, wie z. B. Köln, oder
an mehreren Orten versammelt werden, um dort ihr Stimmrecht unter
Aufsicht einer Unterkommission der oberste Wahlkommission
auszuüben, die von den verbündeten Regierungen zu diesem

Zweck ernannt werden würde. Wenn der Vorschlag angenommen
wird, werden die hiermit verbundenen verwaltungsmäßigen Einzel-
heiten von der oberste Wahlkommission nach Befehlungen
der Vorschlagskommission ausgearbeitet. Es brauchen hier nicht be-
sprochen zu werden. Augenscheinlich wünschen die drei Regierungen
nur die Tatsache zu betonen, daß der Vorschlag die volle Gewähr
bietet, daß die Stimmabgabe der Wahlberechtigten frei und un-
parteilich und ohne Anwesenheit vor sich gehen wird.

Es sind noch zwei Punkte, die in diesem Augenblick zu erläutern
angebracht erscheint:

1. Der Grund, um beizustimmen die drei Regierungen entgegen,
das besetzte deutsche Gebiet als Wahlbezirk für die Wahlberechtigten
gelten zu lassen, ist nicht allein die durch die Anwesenheit hindern-
den militärischen Kräfte der Verbündeten gebotene Sicherheit, sondern
auch die Tatsache, daß von der Mehrheit der Wahlberechtigten Stim-
mabgabe angenommen wird, daß sie in Deutschland
wohnen. Auch ist man der Ansicht, daß solche Wahlberechtigte,
deren Anwesenheit in Oberschlesien nicht möglich ist, nicht
ohne Schwierigkeiten zum besetzten Gebiet zurück führen können.

2. Wird es Sache der Abstimmungskommission
für Oberschlesien sein, falls dieser Vorschlag angenommen wird, nach
Maßgabe ihrer Befugnisse auf Grund des Friedensvertrags zu ent-
scheiden, ob die Wahlberechtigten an demselben Tage oder an den
selben Tagen wählen sollen, an denen die Abstimmung in Oberschlesien
stattfindet, oder ob mehr als ein Tag für die Entgegennahme ihrer
Stimmen zugelassen werden soll.

In diesen Fragen wünschen die drei Regierungen nicht der
Entscheidung der Kommission vorzugreifen. Aus dem zweiten Satz
der vorstehenden Absätze ist jedoch zu ersehen, daß man das Ergebnis
der Wahlbestimmung nach diesem Vorschlag nicht kennen und noch
weniger herbeiführen darf, bevor nicht die Stimmen der Wahl-
berechtigten denen der Einzelnen hinzugefügt sind. Die Abstimmungs-
kommission würde nach Ansicht der drei Regierungen nicht die
Wahlberechtigten haben, die Ergebnisse der Wahl einer der beiden
Klassen von Wählern an verschiedenen Orten bekanntzugeben.

Ich beehre mich, namens der drei Regierungen der Hoffnung
Ausdruck zu geben, daß die deutsche Regierung diesen Vorschlag un-
bedingt in wohlwollender Erwägung stehen und der Vorschlags-
kommission ihren Entschluß sobald wie möglich mitteilen wird, damit
die nötigen Maßnahmen unverzüglich getroffen werden können. Eine
gleichzeitige Note ist an den polnischen Gesandten in London
gesandt.
gez. Lloyd George.

Das Abstimmungsrecht

wit Berlin, 2. Dezember. Ein Rundschreiben aus Warschau
meldet: Die Londoner Regierung will, daß die aus dem Ober-
schlesien in einer Stadt des besetzten Gebietes ihre Stimmen ab-
geben. Hiermit kann sich aber die polnische Regierung nicht einver-
standen erklären, weil die im Abstimmungsgebiet Wohnenden die
Identität der Stimmabgeber nicht prüfen sowie jegler und Wäh-
lbrüche nicht feststellen können.

öffentliche Treppenhaus zu seiner Gesandtschaft war dicht be-
setzt mit stammenden Werbeplakaten; er selbst war ein
sehr angenehmer Mann, mit dem es ein Vergnügen war, sich
zu unterhalten; aber es ist ganz wohl bekannt, daß er nicht
nur ein Gesandter, sondern das Zentrum der Propaganda ist.
Die Regierung fühlt sich dadurch nicht betroffen. Sie greift
ein, wenn die Propaganda zu arg wird, wie damals, als
bolschewistische Diplomaten ein Gefängnis erreichten und Ge-
fangene befreiten wollten, aber sonst hat sie so viel guten
Glaubens an die Einsicht des Volkes und Vertrauen zur Demo-
kratie, daß sie ungehindert zusehen, wenn Zeitungen mit Geld
unterstützt werden und politische Agenten ihr Wesen treiben.

Das war eine herbeiführende Erfahrung. Wir fanden
da alle unsere Glaubenssätze in voller Wirksamkeit unter sehr
schwierigen Verhältnissen, und sie erwiesen sich allesamt als
erfolgreich. Der georgische Sozialist weiß ganz genau, daß
sogar er einmal mit der Diktatur zu tun haben an, unabwehrbare
Folgen entstehen, und die will er nicht haben. Er glaubt an
Demokratie und parlamentarische Aktion, und er hat den
Vollbewußtsein davon.

Er hat keine Mühe hinter sich, aber er hat ihr bald
ein Ende gemacht. Er richtete sie ein nach der ersten russi-
schen Revolution; aber er wählte sofort eine konstituierende
Versammlung, bildete eine demokratische Koalition, hielt
regelmäßige Wahlen ab (beruhend auf dem Stimmrecht aller
Erwachsenen), mit weitestgehendem Schutz für alle Minder-
heiten, schickte 102 Sozialisten in ein Parlament von 130 Mit-
gliedern, wählte den populären sozialistischen Führer Jordania
zum Präsidenten und Ministerpräsidenten, schuf ein rein so-
zialistisches Kabinett und ging voll Vertrauen seinen Weg.

Das Land ist den Großgrundbesitzern genommen wor-
den, den Bauern ist Pachtland zugewiesen worden unter Be-
dingungen, die das bäuerliche Eigentum als ein Ziel der
Sozialisierung erscheinen lassen. Die Wälder, die Berg-
werke, die Eisenbahnen sind sozialisiert worden, es werden
Entwürfe gemacht für die Kontrolle in Industriebetrieben,
und die Arbeiter, im vollen Glauben, daß sie nur für die
Allgemeinheit arbeiten, vergrößern die Anbaufläche, ver-
mehrern die Produktion (hauptsächlich der Kohle), beschränken
ihre Forderungen nach höherem Lohn, weil sie sehen, daß der
eigentliche Anreizpunkt die hohen Preise sind.

Nur sah, was ich mir für unser Land wünsche — eine
wirkliche Gemeinschaft von Männern und Frauen, die in der
Festigkeit ihrer Herzen tonen und langen, die Vertrauen
zu einander hatten, zu großzügig waren, als daß sie Winkel-
dokumenten in der Regierung anwenden würden, voll
Glaubens an die Demokratie, kein anderes Gefühl kennend als
die Freiheit.

Deshalb ich so schreibe, habe ich nicht die Absicht, russische
Zustände mit georgischen Zuständen zu vergleichen. Ich habe
es mit grundsätzlichen Dingen zu tun, die von Zuständen
unabhängig sind. Die russische Idee einer Regierung ist für
mich von Grund auf falsch, die georgische von Grund auf
gut. Freigen wachsen nicht auf russischen Dikteln, selbst wenn
wir zugeben müssen, daß es unmöglich ist, das russische Feld
mit etwas anderem als Dikteln zu bebauen.

Jedoch wir dürfen nicht vergessen, daß auch Georgien
um seine Existenz kämpfen mußte, daß wir selbst Denikin
Stöße geleitet haben bei seinem Verlust, dieses Land zu ver-
nichten, daß es heute an allen Grenzen bedroht ist, und daß
die Alliierten bis jetzt sich geweigert haben, sein Selbstbestimmungsrecht
anzuerkennen.

Die Hochfinanz hat großes Interesse an Georgien; es
ist in finanziellen Schwierigkeiten, und ich fürchte, man hat
nicht immer die besten Mittel angewandt, um sich aus ihnen
herauszuwinden. Was der internationale Kapitalismus dazu
sagen wird, ist noch nicht bekannt. Deshalb dürfen wir nicht
davon absehen in der Meinung, daß die innere Ruhe Georgiens
seiner parlamentarischen Regierung eine Folge der
äußeren Ruhe sei. Georgien hat die Demokratie erprobt unter
dem Druck von Verunsicherung, Invasion und Revolution, und
frakt der Demokratie bereitet es sich jetzt vor zum Empfang
von Bräutigam, falls er den Kaukasus überläßt, und der Wol-
sch, falls sie von Madras oder Baku oder Trapez-
junt kommen.

Die georgischen Sozialisten haben sich bemüht, ihr Volk
zu erziehen, und daher kommt es, daß anders wie in den
meisten Staaten, Dorf und Stadt, Bauer und Handwerker
Geld in Hand arbeiten. „Grüne Gärten“ gibt es nicht in
Georgien. Kein Unterschied war zu spüren bei unserer
Empfang, ob wir in die Stadt oder aufs Land kamen. Die
ganze Nacht durch warteten Hausen von Bauern, um uns an
den Bahnhöfen zu begrüßen; in den entferntesten Orten ließ
man die sozialistische Internationale leben; Tiflis gab uns
Festmacher, Gori brachte uns seine Ährde und sein he-
schändliches Brot und Salz. Das Land ist voller Leben. Des-
halb wird es europäischen Sozialisten zur Pflicht, dahin zu
wirken, daß dieses Land als unabhängiger Staat anerkannt
wird. Es braucht keinen militärischen Zustand, es treibt
eine andere Art Politik. Es hat keinen imperialistischen Er-
geiz, es strebt nicht nach territorialer Ausdehnung, es will
keine Völker unterdrücken, es will keine Ueberzeugungen
keiner seiner Nachbarn mit Gewalt eintrüben. Es will
nur Anerkennung. Es verlangt von Großbritannien nur,
daß formell gelobt wird, daß es existiert und daß es aus des

offizielle Hilfe der Staaten bereit wird, die im Auslandigen...

Die georgischen Forderungen empfehlen sich uns als...

Der Zaunkönig von Fiume

Rom, 2. Dezember. Nach einer Meldung der...

mit allen Mitteln zu vertheidigen. Der Leiter...

Rom, 2. Dezember. Nach Meldungen der...

Das Frauenwahlrecht in Italien

Rom, 2. Dezember. Die Kammer hat mit 153...

Ortskrankentag

Die Deutscherkrankentag des Verbandes...

Lehmann, Dresden, erörterte den...

Dem Vorstand wurde einstimmig für...

Leber die „Krankentage“ sprach...

Reiner schlug eine Entscheidung vor...

Solange den Krankentagen der...

Die gezielte Regelung der...

In seinem Schlusswort wandte...

Die Abstimmung ergab die...

Ueber den Punkt „Die Tarifgemeinschaft“...

Der Vorsitzende des...

Ein Antrag, daß die...

Am zweiten Verhandlungstag...

für den Arbeitstag, haben der...

Der Resolution wurde...

Den Punkt Arbeitslosenversicherung...

Der Kongreß stimmte der...

Am großen Saale des...

Oberschlesien und die Reaktion

Von Jakob Altmair

Sei es Deutscher oder Pole, ein Bürgerlicher oder ein...

Nichts lächerlicher als die Frage: Ist Oberschlesien...

Die haben doch die wilhelminischen...

den Sinne des Wortes anzuleben werden...

Der Referent Lehmann, Dresden...

Haag, 2. Dezember. In der holländischen...

Sowjetrußland will Frieden

Eigene Drahtmeldung

Warchau, 2. Dezember. Jüngst noch...

Der Vorsitzende des...

Der Vorsitzende des...

Der Vorsitzende des...

Der Vorsitzende des...

Der Vorsitzende des...

Vertical text on the right edge of the page, including page numbers and other fragments.

Deutscher Reichstag

Berlin, 2. Dezember.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichswirtschaftsgesetzes.

Abg. Simon, Franken (Unabh.): Sein Fraktionsgenosse Jödel habe einen gewissen Ueberflus an Kohlen in Paris nicht bestritten wollen. Gewicht auf Angaben aus französischen Arbeiterkreisen haben wir nur beizulegen, das im übrigen Frankreich großer Kohlenmangel herrscht. Doch man hat sich noch dem Kohlenhandel, für den freien Handel einzutreten, trotz den bösen Erfahrungen in den Preissteigerungen, nimmt mich Wunder. Die Aufhebung der Zwangsangehörigkeit habe geradezu einleuchtend gewirkt. Abg. Simon habe am wenigsten Anlaß, hier den Mund aufzumachen. Er habe sich laut einer Mitteilung des Berliner Tageblattes 50 000 M. vom Lederband für Propagandawerke ausgeben lassen und habe sein Verdienst um die Aufhebung der Zwangsangehörigkeit für Leder ausdrücklich betont. Diese 50 000 M. kommen aus dem Fonds der Reichsleberhandelsgesellschaft und waren dazu bestimmt, die Preise für Schwere zu herabzusetzen. Auch schreit sich das Reichswirtschaftsministerium zu einem Wort der Reaktion auszusprechen, wie die Anweisung gegenüber der Reichsregierung. Auch für den Wasserfall in der Ruhr sind nicht etwa arbeitslose Soldaten herangezogen worden, sondern die reaktionären ehemaligen Schutztrupps; und das macht ein Mann, der uns als Radikaler empfohlen worden ist. Die Reichsregierung hat und im Gange geführt. Nur die Sozialisten können und wollen man die Sozialisierungsmaßnahmen durchführen. Die Arbeiter lassen sich nicht mehr vertreiben.

Abg. Diernreiter (Cent. Sp.): verlangt Auskunft, wie es mit der Sozial- und Vermögenspolitik steht, damit die Anknüpfung der Vermögenswerte nicht über die hohen Preise. Die Interessen des Verbrauchers müssen allen anderen Rücksichten vorzuziehen.

Abg. Gamm (Dem.): Die schon tagelange, wie unsere Industrie unter dem Kohlenmangel leidet und speziell Bayern hat Grund zur Klage. Subventionen verlangt deshalb eine erhöhte Wirtschaftlichkeit des Transportwesens. Die Zwangsangehörigkeit ist überflüssig. Drei sind vor dem Reichstag aber noch nicht geworden. Wir können vom Weltmarkt ab. Das Reichswirtschaftsministerium muß eine Stelle schaffen, die Beobachtungen am 11. zu genehmer Zeit einleitet und auch die Berücksichtigung beauftragt. Reiner beschränkt (sogar) den von seinem Fraktionsgenossen Paritätat einzuweisen Antrag, daß der Reichswirtschaftsminister sich zu einer Verbindung mit dem Handels- und Gewerbe der händische Wirtschaft eines sachverständigen Mannes aus den Kreisen des Handels und Gewerbes wendet. Dem Antrag Trumpf, der eine Stelle schaffen will, die einen Überblick über alle erwerbsfähigen Beschäftigten des Reiches erhalten und für eine gerechte Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftskreise sorgen soll, stimme ich an, nicht aber dem sozialdemokratischen Zusatzantrag, daß diese Stelle auch in Zukunft zu vergeben haben soll. Hierin würde ich die Befürchtung einer zu großen Zentralisierung haben.

Reichswirtschaftsminister Brügel: Die Veranlassung, daß der Abgeordnete Hugo aus dem Reichstag die Reichsregierung 50 000 M. erhalten habe, stimmt nicht. Vielmehr handelt es sich um die Reichsleberhandelsgesellschaft oder die Lebergroßhandels-gesellschaft, deren letzter Abgeordneter Hugo als Handelsvertreter amputiert. Eine Reichsleber in jeder Hinsicht daran nicht beteiligt. Er habe bereits im Ausschuss berichtet, daß auf nahezu 600 Angestellte seines Ministeriums insgesamt 15 Adlige entfielen. Die Anweisung ist vom Reichswirtschaftsminister ausgegangen. Er habe demgegenüber erklärt, daß er dieser Anweisung nicht ohne weiteres willfahren könne. Den Antrag Paritätat werde er nicht, da er nicht glaube, daß er ohne Vernehmung der Kommandanten durchführbar sein werde. Der Antrag Trumpf an entsprechende Grundbesitzer des Reichswirtschaftsministeriums, wie den Interessen der Länder. Der sozialdemokratische Zusatzantrag erscheine demgegenüber bedenklich.

Abg. Dr. Wieser (D. Sp.): Der Abg. Simon habe seinen Bericht dafür erachtet, daß die Produktion unter dem freien Handel gelitten habe. Gerade das Gegenteil sei der Fall. Reiner protestiert gegen den unzutreffenden Angriff auf den Abgeordneten Hugo, der wegen seiner Abwesenheit sich nicht wehren konnte.

Abg. Frau Dr. Lübers (Dem.): tritt für die Gleichberechtigung der Frauen in den berufsmäßigen Organisationen ein.

Abg. Dr. Braun (D. Sp.): begründet den sozialdemokratischen Antrag, daß die geplante Stelle auch die Aufträge des Reiches zu vergeben habe.

Abg. Simon (U. Sp.): Jedenfalls habe Abg. Hugo bislang nicht bestritten, daß er die 50 000 M. als Prämie für die Aufhebung der Zwangsangehörigkeit erhalten habe und das sei der Kernpunkt. — Damit schließt die Generaldebatte. Abstimmungen können erst bei der dritten Lesung erfolgen. Die Annahme der einzelnen Kapitel erfolgt ohne wesentliche Debatte.

Bei dem Vorschlag Sozialisierungskommission erinneren die Abg. Koch (Zsp.) und Dr. Hertz (U. Sp.) an die Versprechungen des Zentrums und der Demokraten in der Sozialisierungsfrage. Will der Angehörige der Sozialisierungskommission an den Reichswirtschaftsminister die Frage der Sozialisierung erheben, dann der Reichswirtschaftsminister habe keine verbindliche Arbeit zu leisten.

Der Reichswirtschaftsminister betont nochmals, daß die Anweisung der Angehörigen der Sozialisierungskommission an den Reichswirtschaftsminister aus dem Ausschuss komme. Er selbst habe wiederholt erklärt, daß er bei Einreichung der Frage die Sozialisierungskommission selbst hören wolle. Bei dem Antrag: Ausschuss zur Prüfung des Reichsleberhandels der Reichsleberhandels-gesellschaft Abg. Krähig (Sp.) die Tätigkeit dieses Ausschusses. Der Ausschuss habe vor allem die Aufgabe, den jährlichen Preislisten zwischen den Reichsleberhandelsbetriebe heranzuziehen und dem Reiches überhand zu Willkür zu erlauben. Da frage es sich, ob der Ausschuss überhaupt eine Entscheidungsbefugnis habe. Jedenfalls sind mit gegen jede Gleichberechtigung der Reichsleberhandelsbetriebe. — Hiermit wird die Sitzung auf Montag den 6. Dezember, nachmittags 2 Uhr, vertagt.

Marinehaushalt im Ausschuss

Der Hauptausschuss des Reichstages bewilligt am Donnerstag bei der ersten Lesung des Marinehaushalts die Forderungen für das Admiralität, für das Observatorium in Wilhelmshaven, für das Roffen und Wapungswesen sowie für die Reichspost und Seeflotte. Bei der Beratung wird Admiralität Behnke darauf hin, daß geplant werde, die Intendantur und Zahlmeisteramt in Wilhelmshaven zu beschleunigen, wobei auch der Küstling in höhere Stellen ernannt werden sollen. Zum Kapitel der Besoldungen hat Abg. Schillinghaus (D. Sp.) einen Antrag auf die Fortsetzung der Besoldung der Marine ein, die nach einer längeren Debatte auch mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Doch stimmte die Mehrheit des Hauptausschusses dafür, daß für den Leiter der Marine der Besoldung „Chef der Admiralität“ der Titel: „Chef der Marine“ gewählt werde, damit es deutlicher um Ausdruck komme, daß die Marine mit der Reichswehr zusammen unmittelbar unter dem Reichswirtschaftsminister stehe. Abg. Schillinghaus (Zsp.) fordert einen Nachweis darüber, wozu die große Zahl der Admirale notwendig sei. Admiral Behnke führte aus, daß ein Admiral als Chef der Marineleitung notwendig sei, wie auch in diesem Ausmaß abgesehen von dem Admiralat. Die übrigen Admirale verteilen sich folgendermaßen: Die drei Stationskommandanten der Ost- und Nordsee erlösbaren zwei Admirale, der dritte Kommandant müsse die schwimmenden Streitkräfte beschließen, deren Führung eine einheitliche Spitze mit einheitlichem Kommando verlange. Dies sei so in allen Marinegebieten. Die drei Stationskommandanten der Ost- und Nordsee erlösbaren zwei Admirale, der dritte Kommandant müsse die schwimmenden Streitkräfte beschließen, deren Führung eine einheitliche Spitze mit einheitlichem Kommando verlange. Dies sei so in allen Marinegebieten. Die drei Stationskommandanten der Ost- und Nordsee erlösbaren zwei Admirale, der dritte Kommandant müsse die schwimmenden Streitkräfte beschließen, deren Führung eine einheitliche Spitze mit einheitlichem Kommando verlange. Dies sei so in allen Marinegebieten.

Um Oberschlesien

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 2. Dezember. In der Note der Ententeanklagen über die Abtötung in Oberschlesien ist die Tatsache erfreulich, daß die Ententeanklagen sich bemüht sind, daß es sich um Dinge handelt, die sie nicht auf Grund willkürlicher Interpretation einseitig diffamieren können, sondern um Bestimmungen eines Vertrages, die auszuführen, daß ohne Uebereinstimmung aller Vertragsparteien gehandelt werden kann. In der Sache selbst wird die deutsche Stellungnahme durch den Vorschlag der Entente in nichts geändert. Es bleibt ausgeschlossen, daß die nicht ortsansässigen Oberschlesien, entgegen dem Wortlaut des Vertrages, außerhalb Oberschlesien abstimmen. Man kann mit Verdringung feststellen, daß in dieser Frage alle politischen Parteien in einer Front stehen. Das Kabinett wird sich sobald als möglich mit der Entente abstimmen. Es besteht aber kein Zweifel, daß die deutsche Regierung den Ententevorschlag unter Hinweis auf seine Rechtsunhaltbarkeit ablehnen wird.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei

In Rürnberg trat am Donnerstag im Künstlerhaus der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei zu einer Sitzung zusammen, die der Vorbereitung des am Freitag beginnenden Parteitages galt. Abgeordneter Dr. Stresemann leitete die Verhandlungen mit einem kurzen Referat ein und berichtete dabei zunächst die Erörterungen über eine Parteieinigung, die sich an die bekannte Rede des Reichspräsidenten in Wien angeknüpft haben. Abgeordneter Dr. Stresemann trat dabei der jüdischen Auffassung entgegen, als ob Gewerkschaften, die der Deutschen Volkspartei angehören, irgendwas an dem Gedanken und dem Plan einer Neuauflösung einer Partei beteiligt seien. Weiter beschloß sich Abgeordneter Dr. Stresemann mit den auch anderswo wieder auftauchenden Gerüchten, die von einer Annäherung über gar von Fusionen Verhandlungen zwischen der Deutschen Nationalen Volkspartei oder der Deutschen Demokratischen Partei wissen wollen. Er betonte, daß die Partei von irgendwelchen Verhandlungen nichts wisse. Abgeordneter Dr. Stresemann ging dann weiter auf die Frage der ober-schlesischen Autonomie ein, an deren Beurteilung sich seit der Zentralvorstandssitzung in Hannover die Lage geändert habe. Das Zentrum habe in hohem Maße die Autonomiegedanken in Oberschlesien auszuweisen, und schließlich habe sich in Oberschlesien selbst von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten eine einheitliche Front gebildet, die für die Autonomiebewegung einträte.

Generalsekretär Wenzel (Nld.) sprach seine Genugtuung über die Ausführungen aus, die Dr. Stresemann zur Abwehr der Gerüchte über angebliche Fusionen gemacht hatte. Bei den großen grundsätzlichen Auffassungsdifferenzen sei ein solcher Zusammenstoß unüberwindlich. Die Zustimmung der Zentralvorstandes zu diesen Ausführungen beweise, daß ein solcher Plan bei der Deutschnationalen Volkspartei keine Gegenüberstellung habe. Reichstagsabgeordneter Verhandlungsleiter Thiel gab seine Zustimmung über die bekannten Meinungen des Generalsekretärs und Ministerpräsidenten Stöcker an, die dem christlichen Gewerkschaftsverband in der Richtung einer härteren parlamentarischen Einflußnahme der christlichen Arbeitervereine. Er wies darauf hin, daß die Verhandlungen hierzu schon geraume Zeit zurückgingen. In den christlichen Gewerkschaften gehe man davon aus, daß keine der beabsichtigten Vereinigungen der christlichen Gewerkschaften in der Richtung einer härteren parlamentarischen Einflußnahme der christlichen Arbeitervereine. Er wies darauf hin, daß die Verhandlungen hierzu schon geraume Zeit zurückgingen. In den christlichen Gewerkschaften gehe man davon aus, daß keine der beabsichtigten Vereinigungen der christlichen Gewerkschaften in der Richtung einer härteren parlamentarischen Einflußnahme der christlichen Arbeitervereine.

Reichsnotopfer oder Zwangsanleihe

Der Steuerzuschuß des Reichstages beschäftigte sich auch in seiner Donnerstag-Sitzung mit der Frage Reichsnotopfer oder Zwangsanleihe. Verschiedene Abgeordnete verteilten die Ansicht, eine Weiterberatung erst nach der Durchlegung der Rede des Reichsbankpräsidenten einzutreten zu lassen.

Tagelang erörterte Reichsfinanzminister Dr. Wirth, daß eine Vorlage über die Erhebung der Zwangsanleihe nicht ohne weiteres gemacht werden könne und betonte außerdem die Notwendigkeit der sofortigen Entscheidung des Reichstages zur beschleunigten Einziehung des Reichsnotopfers. Dann legte der Minister in längeren Ausführungen seinen Standpunkt zur Frage einer Zwangsanleihe dar und wies darauf hin, daß der Reichstag der beschleunigten Einziehung des Reichsnotopfers oder einer Zwangsanleihe zustimmen müsse, wenn man sich dafür und nicht für die Zwangsanleihe entscheiden wolle. Dem gestern vom Reichsbankpräsidenten geäußerten Plan einer Verbindung zwischen Reichsnotopfer und Zwangsanleihe stehe ihm demnach nicht abnehmend gegenüber; sie ist mir vielmehr lieber als die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers, allerdings unter der Voraussetzung, daß ihr Ertrag an Vorgehens bedeutend höher ist als er von der Einziehung des Reichsnotopfers erwartet werden kann. Jedoch darf eine wesentliche Minderung des Reichsnotopfers dadurch nicht erfolgen. Zum Schluß sprach der Finanzminister nochmals den dringenden Wunsch aus, daß die Parteien schleunigst dazu Stellung nehmen sollten, ob sie den vorliegenden Geleitsentwurf oder eine Zwangsanleihe oder beides akzeptieren wollten. In Fortsetzung der allgemeinen Aussprache wandte sich Staatssekretär Woske gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Becker und wies seine Angriffe gegen das Reichsfinanzministerium zurück.

Abg. Dr. Seiffert wünschte Klärung, ob die Wünsche der Auslandsdeutschen bei der Besteuerung berücksichtigt werden.

Reichswirtschaftsminister Dr. Brügel betonte, daß im gegenwärtigen Augenblicke das Wichtigste sei, der Inflation Einhalt zu tun. Vom Standpunkt der Industrie und der Landwirtschaft aus beständen zwar gewisse Bedenken gegen die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers, aber angeht es die Finanzkommissionen sie zurücktreten. Wenn vom Reichsnotopfer 15 Milliarden und durch eine etwaige Zwangsanleihe 20 Milliarden gewonnen werden könnten, so würde diese Summe den Stand unserer Valuta günstig beeinflussen. Der beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers wurde feingezogen der Vorschlag gegeben, da bei dem Plan einer Zwangsanleihe sofort starke Kapitalflucht eingeleitet habe. Am Schluß hat der Minister, die Befehlsvorlage angenommen.

Nach längeren Ausführungen des Abg. Pompei (S.), in denen er auf die Schwierigkeiten der Lage der Industrie und des Handels hinwies, wurde die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Reichskonferenz der Straßenbahner

Am 29. und 30. November tagte im Berliner Gewerkschaftshaus eine von 76 Delegierten besetzte, von der Reichsleitung Straßen- und Eisenbahner im Deutschen Transportarbeiterverband einberufene Reichskonferenz der gesamten Straßenbahner Deutschlands.

Der Reichsleiter des Gewerkschaftsverbandes hat einen Bericht über den Tarifentwurf, den der Arbeitgeberverband vorgelegt hat. Unter sich (als erneuernden Antragsstellungen) mußte der Arbeiterkomitee, daß die Unterwerfung an allen Gebieten, Arbeitszeit, soziale Bestimmungen, Rechte der Arbeitervertreter, Nebenstunden usw., Angehörigen von den Arbeitern fordern. Was besser sind die Städte beraten, die Straßenbahnen besitzen. Wäre unerfahren auf dem Gebiete der Straßenbahnenwesen, wollen die Städte die Straßenbahnen dem Gemeinbeamtentum unterstellen. Weiter werden sie in dieser Frage vom Gemeinbeamtentum getrennt, dessen Vertreter erst wieder in Berlin erklären, daß die Straßenbahner nicht schlechter gestellt sein dürfen als die Gemeinbeamtentum. Die Einmündung des Gemeinbeamtentums wurde um so unangenehmer empfunden, als der H. D. G. B. die Straßenbahner als Organisationsgebiet des Transportarbeiterverbandes erst kürzlich wieder anerkannt, als die Stadt Berlin die Straßenbahnen übernahm. Die sehr rege Diskussion schloß mit dem Ergebnis, keiner Tarifbeschleunigung zuzustimmen.

Weiter beriet die Konferenz, wie es zu ermöglichen wäre, die allen arbeitsfähigen Kollegen vor der „Rechtsprechung“ zu beschützen. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, zu unteruchen, auf welchem Wege ein Verbandsorganisations für die Straßenbahner herbeigeführt werden könne.

In einer Aussprache über die Arbeitsgemeinschaften teilten sich die Redner — die Diskussion war kurz und wenig ergiebig — bis auf einen Unabhängigen, als Gegner dieser so überaus selten verhandelt Einleitung vor. Der Verbandsvorstand Schumann ließ keinen Zweifel, daß für den Transportarbeiterverband die Arbeitsgemeinschaften erzieht wären, sobald sie die Arbeiter schädigen könnten. Darauf wurde eine Protestresolution einstimmig angenommen, die besagt, daß der Reichsverband der Transportarbeiter ohne gefahrdrohende Schädigung der Arbeiter in Verbindung der Reichsleitung auch für die Verkehrsarbeiter beschließen wurde.

Der händische Beschluß, den Kollege Schumann für ein kurzes Referat über den im Werden begriffenen Verkehrsband ermittelte, trat den Charakter einer Demonstration für die große Zahl, den die Verkehrs-, Handels- und Transportarbeiter sowie die Angehörigen und Beamten zutreiben. Als Reichsleiter wurde H. Mathmann wiedergewählt. Ihm zur Seite stehen sechs Berliner Kollegen.

Deutsches Reich

Remmele haftentlassen

Infolge des Reichstagsbeschlusses auf Freilassung der in der Haftentlassung vernehmen. Das Verbot, den Remmele wird aber, wie die Rändener Neuesten Nachrichten mitteilen, seinen Fortgang nehmen. Das Strafverfahren gegen Remmele ist für die Dauer der gegenwärtigen Sitzung des Reichstages aufgeschoben. Es könnte höchstens nach deren Schluß seinen Fortgang nehmen. (Abg. d. B.)

Ausweisung einer Person. Nach einer Berlin-Meldung ist es so, daß die Reichsregierung einer Person, die sich seit einigen Tagen in Berlin befindet, aufgehoben, Preussens zu verhaften.

Von den Franzosen verhaftet. Der Südwestdeutschen Arbeiterzeitung zufolge sind die Ortsgruppenleiter der sozialistischen kommunistischen Partei und der linken H. D. G. B. in Dicht, Worms und Mainz letzte Woche von den französischen Besatzungsbehörden verhaftet worden. Als Grund wird kommunistische Propaganda im besetzten Gebiet angegeben.

Folgen des agrarischen Lieferungskrisis. In Preußen in Ostpreußen und Umgebung fanden Demonstrationen statt. Die Demonstrationen, etwa 100 Personen, wurden zwar von der Landespolizei gestoppt, ohne daß es zu Unruhen kam. Man befürchtet aber in den nächsten Tagen neue Unruhen wegen der mangelnden Brotversorgung. Im Rheinland sind für den Kreis Hendenburg nur etwa 200 Zentner Getreide zur Verteilung gekommen, bei einem Bedarf von über 2000 Zentnern.

Die Besprechungen Dr. v. Raub. Die Reichsautonomen Dr. Rosenfeld, Unterleiner und Seibel richteten folgende Anträge an die Reichsregierung: Zeitungsredaktionen in Berlin mit dem englischen Vorkriegsstand, mit dem Chef der französischen Militärmission, General Wollert, und mit der Reichsregierung über die besetzten Einwohnerviertel, und mit der Reichsregierung über die besetzten Einwohnerviertel, und mit der Reichsregierung über die besetzten Einwohnerviertel, und mit der Reichsregierung über die besetzten Einwohnerviertel.

Letzte lokale Nachrichten

Selbstverletzungen erlitten ist in der vergangenen Nacht der achtjährige Knabe Robert Heib, der auf dem Berliner Platz am Donnerstagabend von einem Fuhrwagen überfahren wurde.

Reinigungsarbeiten. Am Donnerstagabend gegen 11 Uhr wurde in der Nähe des Bahnhofs ein junger Mann, der mit dem Wagen der Erde kämpfte, aus dem Wasser gezogen. Der junge Mann war bereits bewußtlos. Man brachte ihn nach der Heil- und Pflegeanstalt.

Dresdner Polizeibericht

Fahrdiebstahl. In der Nacht zum 2. Dezember sind von unbekannten Dieben auf dem Sportplatz Großgörschauer, die Trambenutzer Straße ein schwarzer Kahn, 26 Schöße und 4 weiße Kähne abgeholt und gestohlen worden.

Bermittlung von Falschgeld. Von der Kriminalpolizei ist der am 24. November im Polizeigericht verurteilte und unbekanntes Verursacher von falschen fünfzig Mark Scheinen in einem früheren Besitze ermittelte worden. Er hat die Falschgeldscheine an einem öffentlichen Verkauf für eine gewisse Summe in Zahlung gebracht, hat er aber später als falsch erkannt und in dem Verkauf gebracht, wodurch er sich zu verantworten haben wird.

Warnung! Als Bodenunreinigkeiten treten zwei Unbekannte auf. Sie verhalten sich unter dem Vorzeichen, daß sie Bodenarbeiten auszuführen hätten, Zugang zu den Bodenräumen und führen dort Diebstähle aus. In einem Falle haben sie eine Anzahl Federbetten mit roten Anleits gestohlen. Der Polizeikommissar hat für die Wiederherbeilebung der Federbetten eine Belohnung zugesichert.

Devisenkurse

	Berlin, 2. Dezemb. (Rundsch.)				
	2. 12.	1. 12.	1. 12.	1. 12.	
	Mark	Mark	Mark	Mark	
London	100 Kronen	2187,80	2142,15	2120,85	2124,50
Paris	100 Kronen	1083,90	1096,10	1058,00	1086,10
Wien (deutschöster.)	100 Kronen	21,72	21,78	21,57	21,68
Brüssel	100 Kronen	84,40	84,60	84,27	84,37
Amsterdam	100 Kronen	908,00	908,00	904,05	905,05
Antwerpen	100 Kronen	448,55	447,45	447,05	447,95
London	100 Kronen	254,70	255,80	254,20	254,90
London	1 Pf. Sterl.	248,75	244,20	242,--	242,50
London	1 Dollar	69,43	69,57	69,18	69,83
Paris	100 Kronen	420,55	421,45	421,05	421,95

Jährl. 1. Dezember. Devisenkurse. Berlin 2.12.20, Wien 1.12.20, Prag 7.75, Holland 105, Neuchâtel 638,25, London 22,20, Paris 88,90, Italien 28,50, Brüssel 41,10, Amsterdam 86,50, Stockholm 128,16, Christiania 86,20, Andez 85,40, Buenos Aires 720

Kammer-Lichtspiele **Kammer-Lichtspiele**

HARRY

Ab morgen Sonnabend!!
Die neueste Riesensensation

Das Gefängnis auf dem Meeresgrund

6 Akte **PIEL** 6 Akte

Abenteuer eines Vielgesuchten.
Aufnahmen unter Wasser.
Szenen voll äusserster Spannung.

Wochentags 5 1/2, 7 und 8 1/2 Uhr. **Sonntags ab 2 1/2 Uhr.**

Kammer-Lichtspiele **Kammer-Lichtspiele**

Bez. Reichenberg.
Sonntag den 1. Dezember, nachm. 4 Uhr
in der Bräuerlei

Gemeindevertreter-Konferenz.

Tagesordnung:
1. Gemeindefestern.
Referent: Genosse Bomsch.
2. Verschiedenes.

Gemeindevertreter von Reichenberg, Nordort, Südort, Tauschwitz, Griebenau, Witzschütz und Zschopau haben alle zu erscheinen.
Die Gemeindefestern der Reichenberg wollen sich eine Stunde früher, also um 3 Uhr, wegen einer dringenden Angelegenheit treffen.
Die Sekretariate.

Zentralverband der Angestellten
Ortsgruppe Dresden.

Fachgruppenversammlungen
Dienstag den 7. Dezember nachm. 2 Uhr
im Hofhaus, Saal 1.

Die Fachgruppen der Konsumvereine Holzwerkstoffe, Viehwirtschaft, Kamin- u. Kaminarbeiten und für alle übrigen Konsumvereinsangehörigen.
Konferenz den 8. Dezember, abends 7 1/2 Uhr.
im Hofhaus, Saal 1, Saal 2, Saal 3, Saal 4.
Es wird erwartet, dass sämtliche Kollegen und Angehörigen der für die bestimmten Fachgruppenversammlungen erscheinen. Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidartät
Mittwoch den 8. Dezember, abends 7 Uhr
in der Bräuerlei

Tanz-Abend
im Alten Gasthof.

Der Reinertrag wird an die Reichswehrkassen für die erkrankten und verwundeten Soldaten verwendet.
Um gütigen Zutritt bitten. Der Vorstand.

Volkshaus (ehemal. Volkshaus)
Sonntag den 13. Dezember, abends 8 Uhr
Oscar Junghanns
Humorist, Sänger und Schauspieler!

Ende im April! — Anfang 1. Mai.
Die Ende März jeden Sonntag, Sonntag u. Feiertage
die Junghanns-Vorstellungen. (125)

Blesch-Sar und Weinluben

Wachstümpfe und andere
vornehme Künstlerkonzerte

Opern-Rundschau — Sehr gute Rede
Gutgeleitete Meise

Spezialität: Blesch-Sar. (125)

Bären-Schänke

Neu! **Ausschank Neu!**
von 18proz. (Stark-Bier) dunkel

Stephans-Bräu

In einwandfreier Friedensqualität.
Auch sind die altbekannten und beliebten
Echt Hofer Würste
von Paar mit Kartoffelsalat 5.- M.
wieder eingetroffen.

Zu bewährtem Besuch laden ergebenst ein
(121) **Der Bären-Wirt, Karl Höhn.**

Schloßkeller

Schloßstraße 16 (1257)
Sollentischchen = Weinliebhaber-Müde

Gr. Mittag- und Abendtisch

Gebete zu 4, 5, 6, 8, 10, 12
von 11 1/2 bis 3 u. 5, 6, 8, 10, 12
8proz. Kilmbacher Weibier

Reichshallen Palmstr. 13
Sonntag den 13. Dezember 1920 (1258)

Großer öffentl. Touren-Ball
Abends 8 1/2 Uhr. Eintritt 1 M. mit Steuer.
Der Melodien für Harmonium-Orchester.

Wer Sparkocher besitzt,
soll wissen, damit auch diesen zu
Guten. Jedes der Sparkocherunter-
nehmen mit Vorteil die 3 Stunden. Stück
zu 2 M. Reicht für 3 Personen u. 2
Stunden im Winterlager von 10 bis
12. Große Dickener Straße 1.
Heders Sohn, Dresden N.
Bauwerkstatt: Körnerstraße 1 u. 2.

Palast-Theater
Lichtspiele
Alaunstraße 28, Nähe Albert-Platz.

Madame Récamier
mit
Fern Andra
und
Bernold Aldor

der Film, von dem ganz Deutschland spricht.
Volkstümliche Preise.
Sonntag 2 Uhr: Jugend- und Kinder-Vorstellung.
Eintrittspreis für Kinder 50 Pf. (123)

Aufklärung!

Wie Pilze aus der Erde tauchen in allen Städten
Deutschlands Wanderlügen bzw. Ausverkaufslügen in

Aluminium-Waren

auf. Den Veranstaltern ist meist jedes Mittel recht,
um ihre Waren an den Mann zu bringen.

Immer soll es sich handeln um „erklärete Ware“
handeln; der Preis soll „unter Fabrikpreisen“ liegen.

In vielen Fällen wurde von uns festgestellt, dass die
Warenlügen allerwertigsten Schmuckwaren auf den
Markt bringen, deren Gewichte teilweise bis auf die
Hälfte des Gewichtes einer soliden Ware herabgehen.
Eine solche Ware ist auch zu den anscheinend billigsten
Preisen immer noch zu teuer.

Wir warnen das Publikum, sich Menschen zu lassen.
Wir warnen aber auch die Veranstalter. Wir werden
mit allen gesetzlichen Mitteln gegen unlautere Machen-
schaften vorgehen.

Nachdrücklich stellen wir fest, dass die unterzeichnete
Vereinigung, der die angesehensten und grössten
Aluminiumwarenfabriken Deutschlands angehören, an
diesen Ausverkaufslügen nicht beteiligt ist.

**Vereinigung der Aluminium-
Geschirr-Fabrikanten e. V.**
Geschäftsstelle: Hagen 1. W. (1270)

Geschäfts-Übernahme.
Der geborene Einwohnerlichkeit von Verlobt Cotta zur gef. Kennt-
nis, das ich das
Kolonialwaren- u. Delikatessengeschäft, Ockerwitzer Str. 11
von Herrn. Besfert förmlich übernommen habe. Ich werde
betreiben und bitte höflich, das meinem Vorgänger bewiesene Ver-
trauen auch gütlich auf mich zu übertragen.
Danksagungsdoll **Martin Teubel** neben Frau
Ockerwitzer Straße 11. (1271)

**Herrn-, Damen- u. Kinder-
Ulster**
und
Mäntel

Grösste Auswahl :: Billigste Preise

Carl Meyer
Dresden-Neustadt
Hauptstrasse.

Schuhwaren-Restbestände

Die aus früheren günstigen Einkäufen herrührenden
Schuhwaren verkaufen wir, solange der Vorrat reicht

Damenstiefel, Herrenstiefel, echt
von 125.- M. an **Herrenstiefel** von 125.- M. an

Damenhalbschuhe mit und ohne Lackkappe **Kinderstiefel**
in eleganter Ausführung, von 88.- M. an **von 29.- M. an**, mit Lederkappe bis
Gr. 22, von Gr. 21 bis 23, echt Blau-
leder, 75.- bis 78.- M.

Warme, weiche Hausschuhe mit Lederpaltsohle 18.75 M.

Kein Der Schuh-Hof Verkauf-
Laden lokal im Hofe

27 Wildruffer Straße 27 (1272)

Benutzen Sie die Gelegenheit

Bevor Sie Ihren Einkauf decken, besichtigen Sie meine Läger, was
auch ohne Kauf gern erlaubt ist, überzeugen Sie sich von dem
außergewöhnlich billigen Angebot.

Herren- und Knaben-Bekleidung

Für Herren:	Für Knaben:
Winter-Ulster , ein- und zweireihig, aus warmen Stoffen M. 290.-, 250.-, 190.-	Winter-Ulster , Sport und warme, weiche Stoffe M. 250.-, 190.-
Sakko-Anzüge , ein- und zweireihig, aus farbig. u. blauen Stoffen M. 4.90, 3.90	Sakko-Anzüge , Sport, aus guten Strickstoffen M. 290.-, 250.-
Winter-Joppen , Sport- und zweireihig, aus gut. Loden, m. u. ohne Futter M. 190.-, 160.-	Schlupf- u. Jacken-Anzüge m. machine od. weik. Überkrassen M. 250.-, 150.-, 95.-
Strapazier-Rosen genäht und gestreift M. 80.-, 70.-, 60.-	Einzelne Rosen in großer Auswahl M. 75.-, 65.-, 45.-

Heinrich Esders
Eckhaus Prager-Waisenhausstrasse.

Der Total-Ausverkauf
wegen vollständiger Auflösung des Lagers

dauert nur noch kurze Zeit!
Die Preise sind nochmals bedeutend herabgesetzt.

Anzug- und Kostümstoffe

früher 88.- M., jetzt 44.- M.	früher 85.- M., jetzt 42.- M.
früher 98.- M., jetzt 49.- M.	früher 154.- M., jetzt 77.- M.

Wareng. prima Qualität, 140 Zentimeter breit, für Knaben und Kostüm geeignet,
früher 180.- M., jetzt 120.- M. per Meter. Reispolier Pantalons und Schürzen-
stoffe, Placette, Stoffe für Joppen, Hausröcke usw. bedeutend unter Einkaufspreis.
Nur solange Vorrat reicht!

Dr. Hoffmann, Wallenhausstraße 18, I. im
Späteren
brda.

Weihnachtsgeschenk?

Wilhelm-Busch-Album

Sammlung illustrierter Weihnachtsbilder mit
einer 12 Bilder und farbigen Beilagen-
portraits von Wilhelm Busch. Preis 20 Pf.

Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10
und Filialen.

Friederichslichtspiel
Wettinerstr. 34

Judex - VI. u. letzter Teil
nur bis
Montag

Sonntag und Sonntag, 4. und 5. Preis
Siffels Restaur. in Kloßhölz
(Ehrenstr. 1) Gasth. Ockerwitzer Str. 11
Gr. Prämien-Boule

Die Fahrt zur Volksabstimmung

Der Deutsche Schutzbund, Berlin NW 52, teilt weiter

Die Stimmberechtigten, die in Schlesien außerhalb des Abstimmungsgebietes wohnen, haben damit zu rechnen, daß sie infolge ihrer Teilnahme an der Volksabstimmung in der Lage von ihrem Wohnort entfernt bleiben müssen. Die in den Abstimmungsgebieten wohnenden, die in den anderen Teilen des Reiches wohnen, wird die Abwesenheit vom Wohnort im Durchschnitt zwölf Tage betragen. Danach muß sich jeder Reisende mit dem Gepäck einrichten, das er mit auf den Weg nimmt. Man vergesse nichts Notwendiges (Geld, Handtasche, Taschentuch, Besteck). Man verleihe alles Ueberflüssige! Kostenfrei wird nur Handgepäck befördert. Die Mitnahme von Waffen ist strengstens untersagt.

Reisebegleiter für alte, kranke und kriegsbeschädigte Stimmberechtigte werden durch Vermittlung der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier aus den Reihen der Abstimmungsberechtigten beschafft. Nicht stimmberechtigte Persönlichkeiten können als Reisebegleiter in den Sonderzügen überhaupt nicht befördert werden, in den Zügen des öffentlichen Verkehrs müssen sie Nachkarten auf eigene Kosten lösen und sich außerdem eine Einreise-Erlaubnis beschaffen. Kinder können auf die Reise nicht mitgenommen werden. Für Unterbringung und Verpflegung allein zurückbleibender Kinder und Familienmitglieder wird im Wohnort nach Möglichkeit gesorgt werden.

Rückversicherung Versicherung genießt jeder Stimmberechtigte in folgendem Umfang: Unfallversicherung, in der die Unfälle ausdrücklich eingeschlossen sind, die aus Anlaß bürgerlicher Unruhen entstehen, bis zur Höhe von 10 000 M. im Falle der Ganzinvalidität oder des Todes, bei teilweiser Invalidität mit entsprechendem Prozentsatz. Bei Unterbrechung der Erwerbstätigkeit infolge des Unfalles mit 5 M. täglicher Entschädigung bis zur Dauer eines Jahres. Eine Erhöhung der Höhe für die Unfallversicherung ist in Aussicht genommen. Wegen Verlust des Reisegebühres ist jeder Abstimmungsrechtigte bis zur Höhe von 1000 M. versichert.

Ueber die freie Reise, Verpflegung und Unterkunft hinaus werden im Bedarfsfalle aus den Mitteln der "Grenz-Spende", die die Gesamtkosten befreit, auch Reiseunterstützungen gewährt. Die Auszahlung erfolgt durch die Ortsgruppen der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier. Alle Anträge auf Unterstützung und auf Vorzahlungen jeder Art müssen vor Eintritt der Reise gestellt und bewilligt sein. Der Verzicht auf irgendwelche Sozialleistungen der Abstimmungsorganisationen gibt keinen Anspruch auf Ertrag in Geld.

Alle Beamten, Angestellten und Arbeiter im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst erhalten für die Volksabstimmung Sonderurlaub unter Fortzahlung der Gehälter oder Löhne. Ebenso wird die Erwerbslosenunterstützung weitergezahlt, wenn der Nachweis der Teilnahme an der Abstimmung erbracht wird. Für Angestellte und Arbeiter im Privatdienst wird ebenfalls Sonderurlaub unter Fortzahlung von Gehalt oder Lohn angeordnet. Die großen Arbeitgeberverbände haben sich hierzu fast ausnahmslos schon bereit erklärt.

Ueber die Papiere, die zur Abstimmung erforderlich sind, und die durch die Ortsgruppen der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier beschafft werden, können erste Befehrmachungen erfolgen, wenn die Vorarbeiten der unterrichtlichen Kommission örtlich beauftragt sind.

Eine so umfangreiche Massenbewegung, wie die aus Anlaß der bevorstehenden Volksabstimmung kann nur dann reibungslos verlaufen, wenn alle Beteiligten freiwillige Disziplin üben. Alle Anordnungen, die getroffen worden sind, müßten im Interesse der Allgemeinheit der Reisenden getroffen werden. Jeder einzelne wird also dringend gebeten, sich den auf das notwendigste beschränkten Bestimmungen weise und willig zu fügen.

Sächsische Angelegenheiten

Vorläufige Vereinbarungen zur Regierungsbildung

Auf Einladung der Reichssozialistischen Partei fanden gestern in Dresden zwischen den beiden Sozialdemokratischen Parteien Besprechungen statt über die politische Situation und die Regierungsbildung in Sachsen. Die von der U. S. P. vorgelegten und bereits veröffentlichten Richtlinien wurden nach längerer Aussprache als geeignete Grundlage für die Bildung einer rein sozialistischen Regierung anerkannt. Die endgültige Entscheidung der beiden Parteien bleibt späteren Verhandlungen vorbehalten, die Sonntag resp. Montag stattfinden.

An die Landesinstanzen der Kommunistischen Partei sind die Fragen gerichtet worden:

- a) Ob sie gewillt sind, sich an der Bildung einer rein sozialistischen Regierung zu beteiligen; b) ob sie für den Fall der Ablehnung dieser Frage bereit sind, für den von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen vorgeschlagenen Ministerpräsidenten zu stimmen, um die Wahl eines bürgerlichen Ministerpräsidenten zu verhindern.

Veränderungen in der sächsischen Landgendarmerie

Nachdem im letzten Landtage die neue Besoldungsreform der Landgendarmerie zur Erledigung gekommen war, sind unter dem 1. Dezember ganz umfangreiche Veränderungen eingetreten. Die in jeder Kreishauptmannschaft bestehenden Gendarmerieabteilungen sind nunmehr auf 100 Mann vermindert worden. Die Abteilungen Loschwitz wurde nach Arnsdorf (Landesamt) und Grimma nach Wernsdorf (Landesamt) (Sachsenburg) verlegt. Mit Ausnahme der Hauptabteilung werden selbstige nunmehr durch je einen Gendarmeriehauptmann geführt, drei als Stellvertreter ein Gendarmerieinspektor und weiter drei Gendarmerieinspektoren zugeteilt sind.

Chemnitzer Wünsche auf Umwegen

In der Chemnitzer Volksstimme finden wir folgendes: Die Chemnitzer unabhängige Volkszeitung schreibt: "Wieder hat sich die sogenannte Chemnitzer Richtung durchgesetzt. Wird sie ihren Sieg ausbreiten können? Das ist die Frage auch bei den kommenden Verhandlungen. Wir sind überzeugt, daß dies mit den Genossen aus dem Kreise des Chemnitzer Führers kein Problem der geringsten Schwierigkeiten bilden werde. Für uns handelt es sich darum, daß unter Chemnitzer Minimalprogramm nicht als eine Handlung mehr angesehen wird. In der materiellen Seite werden wir nicht zittern lassen können. Die Chemnitzer haben seit

langem klüßelständliche sozialistische Säge amer. um. Wird auch das gleiche bei den Dresdner Rechtssozialisten gelten? Das müßte zu allereinst festgestellt werden."

Was die Unabhängige Volkszeitung vermag, ist uns ziemlich gleichgültig. Es hat sich bereits gezeigt, daß sie in der Regierungsfrage von der eigenen Parteileitung desavouiert worden ist und sicher auch weiter desavouiert werden wird, wenn sie so weiter für sich votiert zusammenfaßt. Höchst auffällig ist es aber, daß die unabhängigen Produkte von der Chemnitzer Volksstimme nachgedruckt werden, und noch dazu ohne jeden Kommentar, aber unter Umständen, die auf schwebendes Einverständnis schließen lassen. Wir verzichten für heute darauf, aus der auffälligen Erscheinung weitere Folgerungen zu ziehen, sondern wollen betonen, und die Sache so zu erklären, daß politischer Laizismus und Verantwortungslosigkeit, besonders in der letzten Zeit, in der Chemnitzer Volksstimme stark zu vermischen waren.

Wortpläne gegen die U. S. P.-Führer?

Leipzig. Die Leipziger Volkszeitung (U. S. P. rechts) berichtet: In Leipzig fand am 16. November 1920 im Restaurant Apfelbaum in der Burgstraße eine Sitzung von Leuten statt, bei der nur Zutritt hatte, wer auf dem Boden der Dritten Internationale steht. (Gemeint war, wer die Moskauer Bedingungen anerkennt.) Der Leiter der Sitzung war ein Mann Mitte der 20er Jahre. Er entwickelte folgende Pläne: Die Führer der Arbeiterbewegung müssen alle auf dem Boden der Dritten Internationale stehen (Nähe: die 21 Bedingungen anerkennen). Ripinski, Diekmann, Seger, Schilling, Schröter und andre haben Verrat an der Arbeiterklasse geübt, bei einer Aktion müßten vor allen Dingen diese Rechtsführer beseitigt werden. Wenn sich niemand dazu bereit fände, würde er die Beseitigung selbst vornehmen. Von 15 Personen, die an der Sitzung teilgenommen waren, erklärte nur ein Mann, daß er diesen "Wahnsinn" nicht mitmache; die andern schloßen zu dem ungeheuerlichen Plan. Wir können nicht annehmen, daß alle 15 Personen mit diesem Schurkenplan einverstanden sind. Aber sie hätten nicht dazu schweigen dürfen, denn es handelt sich nicht um irgendwelche Leute, sondern um Personen, die in ihrer Organisation Führerpösten einnehmen. Diese Leute werden also zusammenrufen, um zu beraten, wie die Führer, die ihnen uneben sind, beseitigt werden können. Welch ein Grund von moralischer Verurteilung! Die Leute, die sich dort im Apfelbaum versammelten, trugen sich also mit dem teuflischen Plan, im Falle einer Aktion, die wahrhaftig eine Abwehr der Gewerkschaften sein würde, die unabhängigen Führer und damit die Parteilichkeit der U. S. P. in Leipzig zu beseitigen.

Ein Landesverkehrsamt für Sachsen?

Im Dresdner Ratshalle hatte ein Dr.-Ing. Ullrich die Einrichtung eines Landesverkehrsamtes für Sachsen gefordert, dessen Hauptaufgabe die Regelung des staatlichen Kraftverkehrs sein sollte. Der partikularistische Grundzug der Befürwortung dieses Vorschlags gibt dem Bauamtmann Dr.-Ing. Gläser Veranlassung zu bemerkenswerten Ausführungen und Vorschlägen in dieser Angelegenheit. Er weist darauf hin, daß unter Verkehrsweisen einheitlich ohne besondere Rücksichtnahme auf die Landesgrenzen gestaltet werden müßte. Doch bleibe für ein Landesverkehrsamt, das sich diesem Gebot einordnen, wichtige Arbeit, besonders solange das Reich die Sache nicht selbst in die Hand genommen habe. Es wäre deshalb — so fährt er wörtlich fort — besonders zu begrüßen, wenn Sachsen, wie schon bei früheren Gelegenheiten — z. B. Eisenbahn, Schmalpurbahnen, staatliche Kraftwagenlinien — als ausgeprägtes Verkehrsland durch Schaffung eines Verkehrsamtes auch hier bahnbrechend vorangehen wollte. Es könnte dadurch seine Stellung unter den Ländern erneut stärken und durch großzügig betriebene produktive Arbeit etwaigen Vermögensverlusten durch die größeren Brüder mit mehr Erfolg begegnen, als durch kleinräumliches Behalten auf Wahrung vermeintlicher Rechte. Bei der Weiterverfolgung dieses Vorleses sollte allerdings zweierlei nicht außer acht gelassen werden, was sich aus dem obigen ohne weiteres ergibt:

1. Betonung des Einheitsgedankens des deutschen Verkehrswezens, Ausschaltung jeglicher Konkurrenzabsichten gegen Nachbarstaaten, grundsätzliche Abgabe an jede Erinnerung oder gar Nachwirkung offener oder verbodener Unstimmigkeiten aus früherer Zeit zwischen den Einzelverwaltungen. Die Erkenntnis wird sich durchsetzen müssen, daß Sachsen als verhältnismäßig kleiner Teil des Ganzen dann am meisten erreichen wird, wenn es sich auf eine möglichst sachliche Grundlage und die großdeutschen Verkehrsverhältnisse an erste Stelle stellt.
2. Der Kleinräumliche Begriff Sachsen, gekennzeichnet durch die weiß-grünen Grenzpläne, muß verlassen werden und an seine Stelle ein "Großsachsen" für Verkehrsfragen treten, ein Wirtschaftsgebiet Sachsen unter Einbeziehung der Randgebiete, die industriell gleich hoch entwickelt sind wie der eigentliche Landesbezirk oder diesen in erheblichem Umfang mit Kohlen, Holz, Stahl, Kautschuk, Lebens- und Düngemitteln versorgen (z. B. Thüringische Grenzstaaten, Provinz Sachsen).

Ein Streit um die Besoldung zwischen Rat und Stadtverordneten

In Grimma hatten die Stadtverordneten die nach den staatlichen Richtlinien vom Rate ausgearbeitete Besoldungsordnung für die städtischen Beamten und Realschullehrer abgelehnt. Da der Rat auf seinem Standpunkt der Bewilligung beharrte, mußte das Vereinbarungsverfahren angewandt werden. In der gemeinschaftlichen Sitzung der Kollegen konnte aber eine volle Einigung nicht erzielt werden. Ein Antrag der Unabhängigen, der nur den unteren sechs Beamtengruppen die volle Höhe der Auszahlungszuschläge zubilligt, den höheren Gruppen aber nur einen Prozentsatz, wurde von den Stadtverordneten angenommen, vom Stadtrat aber abgelehnt. Wegen dieser Differenz wird nunmehr der Schlichtungsausschuß bei der Kreis-Hauptmannschaft angerufen werden.

Die Zusatzsteuer auf das steuerfreie Einkommen

Die Leipziger Stadtverordnete beschloßen die Erhebung einer Zusatzsteuer von dem der Reichseinkommensteuer nicht unterworfenen Einkommen. Einkommen unter 12 000 Mark bei Verheirateten und unter 8000 M. bei Ledigen bleiben frei. Die Vorlage des Rates, in dessen Namen Oberbürgermeister Dr. Nolte das Ertragsverhältnis bei der mittleren Einkommensgrenze der Stadt als unannehmbar bezeichnete, hatte als Steuerertrage ein Einkommen von 10 000 und 5000 M. rechnet. Von dem Ertrag der Steuer soll ein Teil von 25 Millionen Mark gedeckt werden.

Wahlputsch in Otschag

Wegen Vergehens nach §§ 133, 140 des St.-G.-B. im vom Landgericht Leipzig am 23. Januar der Metallendreher Walter Heber und neun Wittangehörige zu je 1 Monat Gefängnis verurteilt worden. Sämtliche Angeklagten waren Ulanen in Otschag. Als die sächsischen Volkstammertreffen stattfinden sollten, waren etwa 100 Mann aus der Kaserne vernehmlich nicht mit in die Wählerliste aufgenommen worden, was bei den Angeklagten großen Ärger verursachte. Sie suchten daher die Wahl zu hintertreiben, indem sie kleinere Trupps bildeten, welche am Nachmittag des Wahltages die verschiedenen Wahllokale besetzten, die Urnen wegnahmen und die Wahlen für ungültig erklärten. Die Angeklagten waren dabei mit Karabinern und Schießbedarf ausgerüstet. Wegen des Urteils hatten die Angeklagten Revision eingelegt, in welcher sie behaupteten, auf Befehl des Subalternen gehandelt zu haben. Sie selbst könnten daher für ihre Tat nicht verantwortlich gemacht werden. Das Reichsgericht hielt die Revision der Angeklagten für unbegründet, es erkannte auf deren Verwerfung.

Eine Probe mit dem Frauenstimmrecht

Aus Chemnitz wird gemeldet, daß bei der Stadtverordnetenwahl am 12. Dezember für Männer und Frauen verschiedene Urnensätze für die Stimmzettel verwendet werden sollen, um feststellen zu können, in welcher Weise das Wahlergebnis durch die Beteiligung der Frauen an der Wahl beeinflusst wird. Danach wird man gewissermaßen die Stärke der Beteiligung der Frauen wie auch ihre politische Sinnesrichtung beurteilen können. Bisher hat man in letzter Hinsicht allgemein feststellen müssen, daß die Frauenwelt ein Hort der Reaktion war. Wir sind gespannt, wie die Chemnitzer Frauen die Probe bestehen werden.

Leipzig. Auf Einladung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft wurde Donnerstag nachmittag im Kaufhaus ein starkbesuchtes Versammlung zur Besprechung der für Juli 1921 in Leipzig geplanten 28. Deutschen landwirtschaftlichen Wanderausstellung abgehalten. Die sächsische Staatsregierung war durch Ministerialdirektor Gehelmer Rat Dr. Hübel vertreten. Nach einer Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters Dr. Nolte gab der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Generalmajor Dr. Wiese eine allgemeine Uebersicht über die Bedeutung der Landwirtschaft und über die früheren Ausstellungen, während der Geschäftsführer, Major a. D. Maier-Schalburg, auf die künftige Ausstellung im besonderen einging. Er betonte dabei unter anderem, daß eine Großbauausstellung diesmal noch nicht möglich sei und daß hauptsächlich Kleinbau und Kleinhandel sowie vor allem landwirtschaftliche Maschinen ausgestellt werden sollen. Beide Redner hoben den großen wirtschaftlichen Wert dieser Ausstellung hervor. Im Anschluß an die landwirtschaftliche Woche sollen Ausflüge durch ganz Sachsen unternommen werden.

Stadt-Chronik

Das Bureauhaus-Projekt

In der letzten Zeit ist der Gedanke aufgekommen, in Dresden ein oder mehrere Bureauhäuser zu errichten. Dresden soll Platz für die vielen Bureau geschaffen werden, die heute in Privatwohnungen untergebracht sind, und so sollen Wohnungen frei gemacht werden. Auch wir haben mehrere Zuschriften erhalten, die sich mit diesem Projekt beschäftigen. Die Verfasser der Zuschriften gehen von der Ansicht aus, daß sich ein solches Bureauhaus wohl verzinsen wird, während die 40 Millionen Mark, die jetzt von der Stadt als Baukostenzuschuß gegeben werden, bei dieser Verwendung aus ihrer Verzinsung überhaupt nicht gerechnet wird. Soll sich aber ein solches Bureauhaus ohne Kaufkostenzuschüsse rentieren, so müßten die Mieten das Mehrfache von dem betragen, was heute für Geschäftsräume gezahlt wird. Für ein kleines Bureau mit etwa 50 Quadratmeter Wohnfläche dürften etwa 5000 M. Miete notwendig sein, wenn nicht bedeutend mehr. Es scheint fraglich, daß es sehr viele Geschäftskunde geben wird, die bereit und imstande sind, dergleichen hohe Mieten zu zahlen.

Lebweilen braucht aber der Gedanke des Bureauhauses nicht abgewiesen zu werden. Es könnte unter Umständen praktisch sein, daß die Stadt der Bau der Büros statt zum Wohnungsbau zum Bau eines solchen Bureauhauses gibt, weil er auf diesem indirekten Wege mehr Wohnungen frei bekommt, als wenn er mit Hilfe seiner Baukostenzuschüsse Wohnungen errichten läßt. Ob das tatsächlich der Fall wäre, ist schwer zu sagen und ließe sich nur auf Grund sehr genauer Berechnungen feststellen. Gegen eine solche indirekte Bekämpfung der Wohnungsnot spricht allerdings, daß die Rechnungen, die durch Errichtung eines solchen Bureauhauses frei werden würden, meistens gerade als Kleinwohnungen weniger geeignet wären. Zum großen Teil dürfte es sich bei den Wohnungen, die heute für Bureauzwecke benutzt werden, um größere Wohnungen handeln, die erst geteilt oder umgebaut werden müßten. Außerdem ist es wünschenswert, daß wir die großen Mittel, die heute Staat und Gemeinde für den Wohnungsbau ausgeben müssen, dazu benutzen, um die Wohnweise zu verbessern, und deswegen wäre es weniger gut, in der inneren Stadt Räume für Wohnungen frei zu machen. Es ist vielmehr dahin zu streben, einem möglichst großen Teil der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, draußen im Freien zu wohnen, möglichst unter Zuteilung eines Gartens für jede Wohnung. Die sogenannte Kleinsiedlung wird ja auch von der Stadt Dresden unterstützt. Dabei wird auch häufig eine Erparnis erzielt werden, weil ersparungsgeräth die Baukosten auf dem Lande in der Regel niedriger sind als in der Stadt.

In der einen Zuschrift der Bureauhausfräule, die uns von Herrn Architekt Otto zugegangen ist, wird für die Errichtung eines Bureauhauses der Straßendiv. Wiener Straße-Dittichaustraße-Sidonienstraße als geeignet bezeichnet. Soll dieses Gelände demit werden, so müßten die dort stehenden Häuser abgebrochen werden. Unter keinen Umständen aber wäre es jetzt, wo die Baukosten so unheimlich hoch sind, wünschenswert, bestehende unterhaltene Gebäude abzubauen. Wenn man dazu kommen sollte, ein solches Bureauhaus zu errichten, so wäre umfres Ertragens in erster Reihe das freilegende Gelände an der Minnstraße, zwischen Wilmanns Platz und Walltenplatz, in Frage. Das ist wohl die einzige Stelle im Inneren der Stadt, an der noch unbenutztes, zur Wohnbau geeignetes Land vorhanden ist. Das der Spielplatz, als der das Gelände jetzt benutzt wird, weggelassen wäre kaum ein so großes Unheil, weil er von den Kindern der angrenzenden Straßen schon jetzt nur ganz wenig benutzt wird.

In einer andern Zuschrift führt Frau aus: Wenn durch den Bau von Bureauhäusern die jetzt von der Stadt

Verständlicher Phantasie, die die Natur lebendiger mit all den ...

Politische Aufklärungsliteratur

Politische Aufklärungsliteratur zu leisten ist heute ...

Bereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Gruppe Vieschen, Jugendchor. Die Versuche des Jugendchors ...

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Streifen. Sonnabend den ...

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Dresden. 8. Abteilung ...

25 Jahre Touristenverein Die Naturfreunde

Am 22. März 1895 wählten in der Steuer Arbeiter ...

Au dem ersten Ausflug am Dittmorgen 1895 nahmen 85 ...

Jährlich entziehen neue Ortsgruppen und die Zahl der Mitglieder ...

Zu nächstgehe Besuchen des Vereins wurde von der Ortsg ...

Briefkasten

N. 2, 242. (1 M.) 1. Wenn Sie Wert darauf legen, ...



Angebot Baumwollwaren Wäsche

Unsere reiche Auswahl bietet beste Gelegenheit für günstigen Einkauf für das Weihnachtsfest

Table with 4 columns: Wäschestoffe, Barchent, Damenwäsche, Bettwäsche. Lists various fabric types and prices.

Wischtücher, Handtücher, etc. with prices.

Unsere Versand-Abteilung erledigt für auswärtige Wohnende umgehend alle Bestellungen



Neue Bücher

Paul Kampffmeyer, Die Sozialdemokratie im Jahre der Kultur...

Über Entzweiung und Fortana der sozialdemokratischen Kultur...

Leistungsfähigkeit bietet mein enormes Lager in Herren- u. Knaben-Kleidung...

Hengstförderung.

Nach § 1 des Gesetzes vom 24. Juli 1919 haben die Hengstbesitzer...

Mehlverteilung.

Der Rat der Stadt Dresden hat beschlossen, die Mehlverteilung...

Berlegung der Gemeinderatswahl...

Der Rat der Stadt Dresden hat beschlossen, die Gemeinderatswahl...

Briesnitz. Gemeindevertreterwahl.

Die nach dem Gesetz für die kleine Gemeinde vorzunehmende Wahl...

Der Rat der Stadt Dresden hat beschlossen, die Gemeinderatswahl...

Die nach dem Gesetz für die kleine Gemeinde vorzunehmende Wahl...

Der Rat der Stadt Dresden hat beschlossen, die Gemeinderatswahl...

Die nach dem Gesetz für die kleine Gemeinde vorzunehmende Wahl...

Der Rat der Stadt Dresden hat beschlossen, die Gemeinderatswahl...

Die nach dem Gesetz für die kleine Gemeinde vorzunehmende Wahl...

Der Rat der Stadt Dresden hat beschlossen, die Gemeinderatswahl...

Die nach dem Gesetz für die kleine Gemeinde vorzunehmende Wahl...

Der Rat der Stadt Dresden hat beschlossen, die Gemeinderatswahl...

Die nach dem Gesetz für die kleine Gemeinde vorzunehmende Wahl...

Der Rat der Stadt Dresden hat beschlossen, die Gemeinderatswahl...

Die nach dem Gesetz für die kleine Gemeinde vorzunehmende Wahl...

Der Rat der Stadt Dresden hat beschlossen, die Gemeinderatswahl...

Die nach dem Gesetz für die kleine Gemeinde vorzunehmende Wahl...

Der Rat der Stadt Dresden hat beschlossen, die Gemeinderatswahl...

Die nach dem Gesetz für die kleine Gemeinde vorzunehmende Wahl...

Der Rat der Stadt Dresden hat beschlossen, die Gemeinderatswahl...

Die nach dem Gesetz für die kleine Gemeinde vorzunehmende Wahl...

Der Rat der Stadt Dresden hat beschlossen, die Gemeinderatswahl...

Die nach dem Gesetz für die kleine Gemeinde vorzunehmende Wahl...

Der Rat der Stadt Dresden hat beschlossen, die Gemeinderatswahl...

Die nach dem Gesetz für die kleine Gemeinde vorzunehmende Wahl...

Der Rat der Stadt Dresden hat beschlossen, die Gemeinderatswahl...

Die nach dem Gesetz für die kleine Gemeinde vorzunehmende Wahl...

Anna Geher verm. Hentler geb. Stephan

Herrn Kurt Großer

Töpfer-Gewerbe Der Zentral-Arbeitsnachweis

Gebildehandwerkervereinigungen

Jugendstiefel

Unerreicht ist mein Weihnachts-Angebot

4. Kreis. Vorstandsvorsitzung

Möbel

Haar-Einkauf

Mercedes-Schuhgesellschaft, Allmarkt

Leistungsfähigkeit bietet mein enormes Lager in Herren- u. Knaben-Kleidung...

Aus meinem Leben

Rum Arrak Weinbrand Kognak...

Martin Liegner, Dresden-Löbtau

